

## **Rede von David Prokosch, Fachschaft Statistics and Data Science an der Ludwig-Maximilian-Universität (LMU), zur Demonstration gegen das geplante Bundeswehr-Gesetz am Freitag 7. Juni 2024:**

Hallo, ich bin David und rede heute als Fachschaftssprecher für die Fachschaft Statistics and Data Science.

Es wurde bereits viel über das bayerische Gesetz zur Förderung der Bundeswehr gesagt. Das Gesetz greift in die persönliche Wissenschaftsfreiheit Forschender ein. Es greift das Konzept der Zivilklausel an und damit die universitäre Selbstverwaltung. Die Zivilklausel soll uns in unseren Hochschulen friedliche, zivile Forschung gewährleisten. Die CSU will das nun präventiv verhindern.

Diese Entwicklung reiht sich in die allgemeine Zurückdrängung unabhängiger Forschung, insbesondere in den Geisteswissenschaften ein, die durch weiter und weiter steigenden Profitdruck an Hochschulen vorangetrieben wird. Seit den 80ern ging durch Hochschulreformen der Anteil der staatlichen Grundmittel an der Hochschulfinanzierung immer weiter zurück. Das macht natürlich notwendig, dass Forschung immer und immer mehr durch Unternehmen finanziert wird. Forschung, die kritisches Wissen produziert, wird so abgebaut. Forschung, die den Unternehmen und dem Militär nutzt, wird aufgebaut.

Zivilklauseln können bisher durch Institutionen an Hochschulen entschieden werden. Die Abschaffung der Zivilklausel ist ein Angriff auf die universitäre Selbstverwaltung und steht damit in einem historischen Kontext. Schon in der Vergangenheit wurde die Institution der Studierenden, Forschenden, Mitarbeitenden immer weiter geschwächt. Frühere Beispiele sind:

Die Abschaffung der verfassten Asta in Bayern 1973, also die de facto Abschaffung eines ordentlichen Studierendenparlaments. Die Erschaffung des undemokratisch aufgebauten sog. Hochschulrates, in dem unter anderem externe Vertreter:innen aus der Wirtschaft ernannt werden und der die gewählten Institutionen an den Universitäten in vielen Entscheidungen ersetzt hat. Ein weiteres Beispiel ist die Abschaffung der Hochschulgruppenakkreditierung – also der effektiven Abschaffung von Hochschulgruppen – an der LMU 2016. Und letztes Jahr wurde das Hochschulinnovationsgesetz verabschiedet, was erneut den Hochschulrat stärkte und die Fakultäten gemeinsam mit Mitarbeitenden, Forschenden und Studierenden dadurch schwächte.

Wir sehen, der Umbruch, der seit Jahren voranschleicht, nimmt immer mehr an Fahrt auf. Unsere Freiheiten und Rechte – hier im Studium – sollen zunehmend beschnitten werden.

Wir haben nicht vor, uns diese nehmen zu lassen!

Ich stehe heute als Fachschaftssprecher hier. Welche Auswirkungen hätten also nun die neuesten Regelungen auf uns Studierende direkt? Es gibt Leute, die jetzt sagen: „Nur die Hochschule, nicht aber einzelne Forschende werden durch das Kooperationsgebot verpflichtet“. Ich halte es für naiv zu sagen, nur die Hochschule, nicht aber einzelne Forschende sind vom Kooperationsgebot betroffen.

Es stimmt zwar, dass das der Wortlaut des Gesetzes ist. Aber wer forscht denn an Hochschulen, die Menschen oder die Institution Hochschule? Natürlich nicht die Institution Hochschule. Wie soll das auch aussehen? Das ist nur pure Augenwischerei! Professor:innen, Doktorant:innen forschen und geben auch Teile ihrer Forschungsarbeiten an uns Studierende mit Hausarbeiten, Abschlussarbeiten, Seminaren und so weiter ab. Am Ende sind es also wir Individuen, die hier lernen und forschen.

An unserer Fakultät z.B. und insbesondere in unserem Studiengang Data Science forschen wir an Künstlicher Intelligenz. Künstliche Intelligenz wird schon in vielen Bereichen eingesetzt, ohne dass viele davon wissen: Medizinische Zwecke wie Beihilfe zur Tumorerkennung und Früherkennung von Naturkatastrophen und Wetterextremen sind Beispiele dafür.

Die Modelle und Algorithmen, die z.B. Tumore erkennen, können aber auch leicht abgeändert werden. Zum Beispiel kann man mit diesen auch Menschen aus der Luft erkennen, Gesichter auf Videoaufnahmen zu Überwachungszwecken zuordnen oder Drohnen navigieren. Diese Technologien werden z.B. aktuell vom ukrainischen und israelischen Militär eingesetzt.

Wir als Studierende wollen aber nicht, dass unsere Arbeit und Forschung gegen unseren Willen für solche Zwecke genutzt werden. Primär wollen wir nicht dazu gezwungen werden, für diese Zwecke zu forschen, wie manche Politiker:innen sich das vorstellen.

Wir sehen also: Die geplante Hochschulreform ist ein Angriff auf unsere studentische Wissenschaftsfreiheit, und deshalb lehnen wir diese ab.

Des Weiteren sind Forschungsk Kooperationen an den Hochschulen intransparent. Aktuell haben wir keinen Überblick darüber, was und mit wem an unseren Universitäten geforscht wird. Forschungsk Kooperationen werden verschleiert. Es ist fast unmöglich herauszufinden, wo mit wem geforscht wird.

Wir fordern klare Transparenz bei Forschungsk Kooperationen mit der Wirtschaft und dem Militär. Es ist inakzeptabel, dass solche Kooperationen verschleiert werden, ohne dass dieses Wissen der akademischen Gemeinschaft zugänglich gemacht wird.

Das Gesetz zur Förderung der Bundeswehr geht in die genau falsche Richtung. Wir brauchen eine Offenlegungspflicht für Kooperationen von Hochschulen mit Unternehmen und Militärs.

Aber nicht nur die Forschung an Universitäten, auch den Gesetzgebungsprozess nehmen wir als intransparent wahr. Auf die jüngsten Gesetzesänderungen, die uns als Studierende betreffen, wurden wir von einer Friedensgesellschaft per Mail aufmerksam gemacht. Diese Information kam nicht vom Gesetzgeber selbst. Alle Studierenden, Doktorant:innen und Professor:innen, mit denen wir in den gewählten Gremien unserer Fakultät geredet haben, wurden durch uns Studierende danach informiert und stellten fest, dass sie nicht in den Gesetzgebungsprozess, der ihre Arbeit direkt betrifft und in dem sie Expertise einbringen könnten, mit einbezogen wurden. Sie wurden nicht nur nicht miteinbezogen, sondern auch nicht darüber informiert.

Das finden wir absolut undemokratisch.

Mit der von Bundeskanzler Scholz erklärten Zeitenwende werden sukzessiv die Freiheiten des Individuums und der Zivilgesellschaft der Aufrüstung Deutschlands und anderer NATO-Staaten untergeordnet. Diese Entwicklung betrifft nicht nur die Universitäten, sondern auch die Schulen und das Gesundheitswesen, wie aus den Aussagen der deutschen Bildungsministerin und des deutschen Gesundheitsministers hervorgeht. Wir stehen solidarisch mit den Berufsgruppen in diesen Bereichen, die sich gegen den Abbau ihrer Grundrechte wehren. Wir werden nicht tatenlos zusehen, wie ihre, und wie unsere Freiheiten beschnitten werden.

Deshalb fordern wir: Hände weg von unserer Wissenschaftsfreiheit! Wir stellen uns entschieden gegen jeden Angriff auf Grundrechte, der im Zuge der Verschmelzung von Militär und Gesellschaft vollzogen wird.